

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

6.4.1923 (No. 80)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3615.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. A. M. e. n. d. Karlsruhe.

Verlagspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für April 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigenpreise: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Übertragungen tariflicher Natur, der als Kassenakt gilt und retourniert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bez. d. Post. bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrenten samt der Dabot fert. Erteilungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Vollzug des Kriegspersonenschädengesetzes.

Die Ausführungsverordnung zum Kriegspersonenschädengesetz ist im Reichsanzeiger unter dem 20. März 1923 veröffentlicht worden. Der Übernahme des Verordnungsverfahrens durch die zuständigen Versorgungsämter steht nun nichts mehr im Wege. Diejenigen Stellen (Gemeinden usw.) welche für Vorschüsse an beschädigte Personen Ersatz beanspruchen, haben diese Ersatzforderungen sofort beim zuständigen Versorgungsamt geltend zu machen. Zur Sicherung der Erstattung sind die Forderungen ferner binnen Monatsfrist seit der Veröffentlichung der Ausführungsverordnung im Reichsanzeiger mit dem in der Verordnung bestimmten Formular beim Krankenbuchlager Berlin in Berlin-Schöneberg, General-Pape-Strasse, anzumelden.

* Ein französisches Verhandlungsprogramm.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ veröffentlicht in seinem Blatt ein Programm, welches seiner Behauptung nach von führenden französischen Staatsmännern und Militärs als eine geeignete Verhandlungsgrundlage für die Beilegung des Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland angesehen werden soll. Nicht nur die Wahrheitsliebe, sondern auch der fürchtbare Ernst unserer Lage zwingt uns, zu dem offenen Eingeständnis, daß dieses Programm, wenn es wirklich die Anschauungen der amtlichen französischen Politik wiedergibt, im Ganzen einen erheblichen Fortschritt gegenüber früheren Zeiten darstellt und im Ganzen keineswegs eine scharfe Ablehnung verdient.

Das Programm zerfällt in zwei Teile, „Reparationen“ und „Sicherheiten“ überschrieben. In der Frage der Reparationen wird jetzt in aller Form das Londoner Ultimatum glatt verabschiedet, und es wird als Gesamtsumme der Reparationszahlungen eine Summe von 50 Milliarden Goldmark genannt. Davon sollen 26 Milliarden an Frankreich fallen. Von den Industriellen erwartet man bestimmte Garantien. Ein weitgehendes Moratorium gilt als selbstverständlich. Was die sog. „Sicherheiten“ betrifft, so soll eine streckenweise, jedoch möglichst rasche militärische Räumung des Ruhrgebietes erfolgen. Dafür verlangt das Programm dann aber, daß das westliche Rheinland als ein Bundesstaat nach der Art von Württemberg oder Baden innerhalb des Deutschen Reiches eingerichtet werde. Diese westliche Republik würde politisch, wirtschaftlich und administrativ durchaus mit dem Reich verbunden bleiben, sie solle jedoch unter der Aufsicht des Völkerbundes entmilitarisiert werden. Bezüglich des Saargebietes werden zwei Möglichkeiten offen gelassen, die eine, nach welcher das Saargebiet jener westlichen Republik assimiliert wird, der andere, wonach sofort ein autonomer Saarstaat unter der Aufsicht des Völkerbundes geschaffen werden soll.

Man muß dieses Programm natürlich vor allem vom deutschen Standpunkt bewerten. Um ihm aber gerecht zu werden, darf man auch den allgemeinen weltpolitischen Standpunkt und den Frankreichs selbst nicht außer acht lassen. Vom französischen Standpunkt aus gesehen, bedeutet dieses Programm ganz zweifellos einen Akt des Einlenkens und der Mäßigung und die Verabschiedung der bisherigen, rein annektonistischen Politik. Weltpolitisch würde das zweifellos eine sehr zu begrüßende Entspannung bedeuten, da sich ja schließlich alle Großmächte — vielleicht mit Ausnahme Japans — durch diese französische Expansionspolitik bedroht fühlen.

Was bedeutet nun aber das Programm für uns? Wir sind in einer Lage, daß wir uns den Luxus starker Worte und übertriebener Forderungen nicht leisten können. Wir müssen froh sein, wenn wir endlich den schweren Druck, den bisher die ganze Reparationsfrage für uns mit sich gebracht hat, einigermaßen abwälzen können, und wenn es uns gelingt, mit Frankreich überhaupt ein erträgliches Verhältnis anzubahnen. Sonach haben wir die vaterländische Pflicht, alles zu registrieren und alles mit Sorg-

falt zu beachten, was irgend wie geeignet sein kann, die verhängnisvollen Differenzen zwischen Frankreich und uns beizulegen.

Das Programm, das jetzt veröffentlicht wird, kann von uns allerdings noch nicht als geeignete Verhandlungsgrundlage bezeichnet werden, da es Einzelheiten enthält, die wir nicht akzeptieren können. Würden wir dieses Programm als geeignete Verhandlungsgrundlage akzeptieren, so würden wir uns, dem Brauch entsprechend damit im wesentlichen zur Übernahme der dort genannten Bedingungen bereit erklären. Und das können wir, wie gesagt, nicht. Wir können, nachdem die Ruhraktion Frankreichs uns finanziell und wirtschaftlich von neuem ins Chaos gestürzt hat, wohl kaum der Zahlung einer so großen Summe, wie der von 50 Milliarden Goldmark, zustimmen. Und auch die Errichtung einer entmilitarisierten Rheinrepublik wäre für uns ein Experiment gefährlicher Art. Nur dann könnte von einem solchen Experiment gerzdet werden, wenn der Völkerverbund bzw. die übrigen Großmächte auch uns gegenüber ganz bestimmte Garantien übernehmen, Garantien, die eben auch uns vor einem französischen Angriff sicherstellen. Dazu würde z. B. gehören, daß auch Frankreich seinerseits an seiner Ostgrenze eine entmilitarisierte Zone einrichtet.

Man weiß nicht recht, ob es wirklich die Angst vor einer etwaigen deutschen Revanche ist, die die französische Politik zu dieser Forderung nach Errichtung eines entmilitarisierten, deutschen Grenzstaates getrieben hat, oder ob nicht doch hinter diesem ganzen Verlangen wieder die alten Ambitionen stecken, bei deren Verwirklichung dann dieser sog. entmilitarisierte Freistaat die Rolle einer von Frankreich abhängigen Kolonie oder eines von Frankreich militärisch beherrschten Brückenkopfes spielen soll. Hier ist jedenfalls die höchste Vorsicht geboten. Auf alle Fälle wird man aber hören müssen, wie Frankreich sich diese Entmilitarisierung denkt.

Was die Saarfrage betrifft, so kann es für uns keine Diskussion mehr geben. Wir werden hier die genaue Beachtung des Friedensvertrages von Versailles zu verlangen haben, in der bestimmten Hoffnung, daß nach den dort vorgesehenen 15 Jahren die Volksabstimmung das Saargebiet wieder Deutschland in aller Form angliedert.

In England scheint das von „Daily Telegraph“ veröffentlichte Programm sehr ernst beachtet zu werden. Aber auch englische Blätter verhehlen ihre Bedenken nicht. Im ganzen genommen, ist es jedenfalls ein Fortschritt. Das möchten wir nochmals mit allem Nachdruck betonen. Und es klingt durchaus wahrscheinlich, daß Lloyd George erst die Bekanntgabe dieses Programms abwarten wollte, bevor er von neuem den Kampf der Opposition gegen die bisherige abwartende Politik der britischen Londoner Regierung aufnimmt.

Politische Neuigkeiten.

Der neue Reparationsplan.

50 Milliarden Reparationsforderung — Das westliche Rheinland ein Bundesstaat — Ein autonomer Saarstaat.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die augenblickliche kritische Lage im Ruhrgebiet zwingt die englischen Elemente der politischen Meinung in allen beteiligten Ländern, insbesondere in England und Frankreich, zu der Einsicht, daß eine baldige Lösung für das doppelte Problem der Reparationen und der Sicherheit gefunden werden müsse, wenn eine europäische Krise vermieden werden soll. Die Bewegung zugunsten einer praktischen Lösung gewinnt in amtlichen und nichtamtlichen französischen Kreisen an Boden. Führende französische Staatsmänner und Militärs hätten die Befürwortung des englischen Interesses an der künftigen Sicherheit Frankreichs begrüßt. Französische Staatsmänner hätten infolgedessen die in Betracht kommenden Fragen von einem weiteren, insbesondere auch mehr kaufmännischen Standpunkte aus ins Auge gefaßt als bisher. Der Berichterstatter glaubt die in manchen einflussreichen Kreisen Frankreichs, „selbst in einigen der höchsten“, herrschende Auffassung wie folgt wiederzugeben zu können:

1. Reparationen:

Die Gesamtentschuldigung müsse jetzt auf eine verhältnismäßig bescheidene Summe herabgesetzt und der Hauptteil der Reparationszahlungen und Lieferungen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verwendet werden. Frankreichs ermäßigte Mindestforderung für diesen Zweck betrage 26 Milliarden

Goldmark. Andererseits werde vorgeschlagen, daß die Schulden der Ententemächte an die Vereinigten Staaten auf Deutschland übertragen werden sollten. Dadurch könne die Forderung Großbritanniens an seine Alliierten in Höhe der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten befriedigt werden. Dem Berichterstatter zufolge würde die gesamte Reparationsforderung auf Grund dieses Planes etwa 50 Milliarden betragen. Die deutschen Industriellen müßten wesentliche Garantien geben, nachdem Berlin selbst die Notwendigkeit weitreichender internationaler Überwachung der Finanzen Deutschlands bereits zugegeben habe. Deutschland würde natürlich ein wesentliches Moratorium erhalten.

2. Sicherheit.

Es würde eine schrittweise erfolgende, jedoch rasche militärische Räumung des Ruhrgebietes und der anderen in der letzten Zeit auf dem rechten Rheinufer besetzten Gebiete durch Frankreich und Belgien stattfinden, vorausgesetzt, daß die deutschen Zahlungen und Lieferungen regelmäßig eingingen. Außer der im Versailler Vertrag festgesetzten neutralen Zone würde keinerlei Sonderregime errichtet werden. Das westliche Rheinland würde jedoch ein Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches werden, von derselben Art wie Baden und Württemberg. Der Zweck dieser Einrichtung wäre der, der bisherigen preussischen Verwaltung ein Ende zu machen. Diese „Westrheinische Republik“ würde politisch, wirtschaftlich und administrativ einen integrierenden Teil des Reiches bilden; sie würde jedoch unter der Aufsicht des Völkerverbundes entmilitarisiert werden; keinerlei deutsche Truppen dürften dort gehalten oder rekrutiert werden. Außerdem würde das Deutsche Reich noch einen feierlichen Nichtangriffspakt mit den übrigen Mächten abschließen, vorzugsweise in der Gestalt einer regionalen Vereinbarung zur Anwendung des Artikels 10 der Völkerverbundsstatuten. Was das Saargebiet betreffe, so würde es „das natürlichste Verfahren“ sein, es dem geplanten westrheinischen Staat innerhalb des Deutschen Reiches anzugliedern; man werde jedoch sogleich für die sofortige Schaffung eines autonomen Saarstaates unter der Aufsicht des Völkerverbundes eintreten, statt zuzulassen, daß die Zukunft dieser Endzone durch eine Volksabstimmung nach dem Verlauf von fünfzehn Jahren bestimmt werde.

Der Berichterstatter erklärt zum Schluß, daß die Einzelheiten dieses Planes noch eine ausgiebige Prüfung erforderten, daß jedoch seine Grundgedanken Anspruch auf eine ernste und wohlwollende Erwägung in England hätten.

Ausweisungen und kein Ende.

Die Zahl der Ausweisungen aus dem altbesetzten Gebiet hat in den letzten Tagen in ungewöhnlichem Maße zugenommen. Ohne Einschluß der Familienmitglieder hat die Zahl der Ausgewiesenen am 28. März 1923 2700 bereits überschritten. — Unter den Neuausgewiesenen befinden sich wiederum 30 Zollbeamte und eine auffallend große Anzahl von nichtbeamteten Personen. Der in Bonn wohnhafte frühere Staatssekretär, Reichstagsabgeordneter Wallraff, ist ausgewiesen worden.

Die Rheinlandkommission hat mit den Familien die Bürgermeister Corsten in Heinsberg, Herr. Heinrich in Bergweiler, Surges in Kaisersesch, Lindlau in Sieglar, Becker in Nieder-Kassel und Moening in Montabaur ausgewiesen, ebenso den Beigeordneten des Bürgermeisters in Wahr, Schulmacher, die Landrate Claessen in Heinsberg, Dr. Simons in Wittlich und den Landratsangestellten Hübler in Zell, die Dozenten am Technikum in Bingen Alker und Hahburg, die Schüler Hartmann, Bittel, Pinkel und Spazier aus Worms, den Oberlehrer Westermann am staatl. Gymnasium in Bonn, den Oberlehrer Dr. Ruch in Ems und den Lehrer Rigen an der Volksschule in Lüren.

Es wurden weiterhin ausgewiesen: der Direktor des „Mainzer Anzeiger“ Will, die Kaufleute Dorrer, Wolf, Medicus und Normweg in Alzey, die Ingenieure Godel und Schöner in Gustavsburg, Seyferth in Worms, Jordan in Worms; die Kaufleute Weis und Schäfer in Lopenheim, von Daake in Mainz, von Wergelsbach und Schlichting in Kassel, Fabrikantseher Müller und Boehlinger in Ingelheim, Redakteur Winter der „Westdeutschen Tageszeitung“ in Kien, Geometer Höpner in Niederlahnstein, Dekretator Eysen in Niederlahnstein, Arzt Dr. Wagner in Groß-Gerau, Kaufmann Schambach in Worms, Gastwirt Wendes in Surbrodt, Leiter der „Rheinischen Warte“ Wasse in Koblenz, Privatmann Reiter in Oberlahnstein und Ehrbach, Leiter des Schlachthofes in Herdingen.

Degoutte an die Eisenbahner.

In der französisch-belgischen Zone des altbesetzten Gebietes wird ein Befehl des Generals Degoutte bekanntgegeben, in dem dieser unter Hinweis auf Verordnung 149 und die Bekanntmachung der Regie verordnet, daß die Eisenbahnbeamten und Arbeiter ihre Arbeiten sofort wieder aufzunehmen hätten. Der Befehl sagt weiter wörtlich:

Alle diejenigen, welche diesem Befehl nicht Folge leisten, werden ohne weiteres entlassen und können durch die Rheinlandkommission ausgewiesen werden.

Offenbar stehen die Massenausweisungen von Eisenbahnern, die in den letzten Tagen aus einer Reihe von rheinischen Orten, so aus Kall, Weiburg, Jülich, Liblar, Trefeld, Düren usw., gemeldet werden, in Zusammenhang mit der Durchführung dieses Befehls. Man versucht, die deutschen Eisenbahner durch Terror einzuschüchtern. In Jünkerath mußten sogar 60 Familien auf einen Schlag ihre Wohnungen verlassen. Aus Aukerungen der Gegenseite geht hervor, daß man hofft, hierdurch 10 bis 20 Prozent unserer Bediensteten müßte zu

Mit einer Beilage: 22. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

machen. Da die eigene französische Regierung sich auf die Dauer nur aufrecht erhalten kann, wenn Einnahmen erzielt werden, so will man mit allen Mitteln den Verkehr in Gang bringen. Hierzu aber bedarf man der deutschen Eisenbahner.

Bisher ist noch von keiner Seite mitgeteilt worden, daß die deutschen Beamten sich gefügt hätten, und nach der Stimmung, die in Eisenbahnerkreisen herrscht, ist das auch für die Zukunft nicht zu erwarten. Auch alle Maßnahmen, die Auszahlung der Gehälter an die Eisenbahnerbeamten und Arbeiter zu verhindern, sind bisher vergeblich gewesen.

Die Abwehrfront der Eisenbahner.

Der auch in Mainz angeschlagene Befehl der Franzosen an die Eisenbahner, die Arbeit bei Strafe der Ausweisung sofort wieder aufzunehmen, ist zunächst mit einem Klatsch beantwortet worden, das auf das Säbelregiment im Rheinland hinweist und die Aufforderung der Franzosen glatt ablehnt; ein Scherz sei jeder, der den Befehlen Folge leiste. Es hat sich bei den Franzosen in der Tat auch niemand gemeldet. Für gestern hatten sie die aus ihren Dienstwohnungen vertriebenen Eisenbahnerbeamten, die jetzt in der städtischen Goetheschule untergebracht sind, zur Meldung vorgeladen. Natürlich war niemand erschienen. In voller Beschlagnahme wird auch weiterhin die Abwehrfront der Eisenbahner dem französischen Nachtregiment entgegengetreten.

Das Schweigen zu Degouttes Todesdrohungen...

In einer ihrer „Bemerkungen“ in Nr. 252 schreibt die „Freie Ptz.“ folgendes:

Ein intelligenz Blatt, die „Epoca“, hat auf einen Widerspruch aufmerksam gemacht, der von jedem Deutschen mit schmerzender Eindringlichkeit empfunden wird. Das Blatt stellt fest, der große Lärm über die von der Sowjetregierung verfügte Erschießung des Prälaten Dulleski ist nicht mit dem Stillschweigen der Welt über Degouttes Todesdrohungen gegen die deutschen Eisenbahner, die sich weigerten, für die fremden Eindringlinge und damit für die Verflüchtung ihres eigenen Vaterlandes zu arbeiten. Die Zeitung greift eine einzelne Untat und von allen vielleicht die verwerflichste heraus. Man könnte eine lange Liste von anderen französischen Verbrechen aufzählen, die der Presse des Auslandes ebenfalls ausgiebig Gelegenheit zu moralischer Enttarnung hätten bieten können. Wir nennen die Massenmorde, die Frauen und Kinder ins Elend stießen, die von den Kriegsgewaltigen der Eindringlinge verübte „Rechtspflege“, den als „Requisition“ bezeichneten Straßenraub, die zahllosen Mißhandlungen und Qualereien, die Taten der Mord, deren unschuldig vergossenes Blut nach Sühne schreit. Wo im Ausland hat man über den scheußlichen Mord an den drei Deutschen in Würz ebensoviel Tinte vergossen wie über den Mord an den französischen Offizieren? Hat draußen in der Welt eine Hand sich wachend aufgehoben gegen die Mörder der dreizehn Arbeiter in Essen? Nur eine politische Macht, die erste und einzige bis jetzt, der Papst, hat wenigstens versucht, sich ein selbständiges Urteil über die Vorkommnisse aus eigener Anschauung zu bilden, und in Deutschland wird man dem Haupt der katholischen Kirche dies nie verzeihen. Alle anderen Hüter des Weltgewissens aber schweigen in blauer Heißeit, weil sie nicht wagen, gegen den großspurigen Welttrübsinn ein Sterbenswörtchen zu sagen. Sie begnügen sich im allgemeinen damit, zu registrieren, wie viel Deutsche täglich abgeschossen werden. Der Rangel an Mut und der geringe Respekt vor der Objektivität dürfen aber nicht so weit gehen, daß nicht einmal versucht wird, die Tatbestände richtig wiederzugeben. Wir müssen hier in aller Eile gegen die Verleumdung des „Daily Telegraph“ über die letzten Vorgänge in Essen protestieren. Ein offensichtlich den Stempel französischer Erfindung und Verdrehung tragender Bericht wird hier in einer Form wiedergegeben, daß der Londoner Leser ihn unbedingt für das Erlebnis eines Augenzeugen halten, daß er glauben muß, die Arbeiter hätten die Franzosen durch Steinwürfe und sonstige Provokationen zu ihrem Vorgehen gezwungen. Aus bestimmten Kriterien ergibt sich aber, daß der Korrespondent unmöglich dabei gewesen sein kann. Wäre ein so großes Blatt in einer so heißen Sache seinen Lesern nicht wenigstens so viel Verantwortungsgefühl schuldig, daß es ihnen nicht kritisch eine französische Wache für die Wahrheit aufzuschwären sucht?

Die deutschen Gewerkschaften an die Arbeiter der Welt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afa-Bund, der Deutsche Gewerkschaftsbund u. der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände erlassen folgenden Aufruf:

Ein Brief Hans Thomas.

Der Altmeister der deutschen Kunst, Eggeling Dr. Hans Thomas hat an den Vorsitzenden der Ausstellungslitung der Großen Deutschen Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst Karlsruhe 1923, Professor Dr. Billing, folgendes Schreiben gerichtet:

Karlsruhe, März 1923.

Ich weiß die Ehre, die mir die Karlsruhe Künstlergesellschaft damit erwirbt, daß sie mich zum Ehrenvorsitzenden des Arbeitsausschusses ernannt hat, sehr wohl zu schätzen, umso mehr als ich weiß, daß ich diese Würde nicht etwa meiner jetzigen Arbeitskraft verdanke, die hat mir das Alter von 84 Jahren fast gänzlich genommen, so daß ich im Zweifel war, ob ich die mir zugegebene Ehre mit gutem Gewissen auch annehmen dürfte. Aber da sagte mir ein altes Pflichtengefühl, daß ich, solange ich noch kann, der Allgemeinheit dienen müsse an jeder Stelle, wo sie meine schwachen Kräfte noch brauchbar erachtet, wo auch ich denke, daß ich ein wenig nützlich sein könnte. Soviel ich weiß, bin ich der älteste noch lebende Schüler der Badischen Kunstschule, in welche ich im Jahre 1859 als Zwanzigjähriger eingetreten bin. Da der Herr des Lebens es für gut befunden hat, mir ein so hohes Alter zu gewähren, so will ich auch an jeder Stelle, wo er mich einstellt, tun wie ich kann, nach bestem Wissen dienen. Um einander zu dienen ist die Gesellschaft „Mensch“ auf die Erde gesetzt; je mehr wir dieses anerkennen und befolgen, desto mehr werden wir uns dem Zustand nähern, den wir als Erdenglück unsern Reibtag erleben.

Wollen in den Wälderhain hinein, dem fortwährend neuer Fraß vorgeht wird, so daß wir fürchten müssen, daß er anschwillt bis er aufplatzt und die Welt immer aufs Neue mit seinem Grausen überschüttet, wagen es die von berufswegen friedlichst Friedeher, die Künstler, eine große Schau- stellung ihrer in stillen Stunden geschaffenen Werke zu veranstalten. Die Kunst geht aus der Stille, aus dem tiefen Frieden der Seele hervor. So hat die Karlsruhe Künstlergesellschaft oder vielmehr der Badische Staat und die Stadt Karlsruhe in schwerer Zeit, im Vertrauen auf die Wiederkehr des gesunden Menschenverstandes es gewagt, die deutschen Künstler und Kunsthandwerker einzu-

laden sich an der großen Kunstausstellung 1923 zu beteiligen. Ein freies gesundes Schaffen möge auf dieser Schau sich zeigen, nicht allzusehr eingeeignet von kurzlebigen Theorien, es sind lebendige Seelenkräfte, welche jede Kunst hervorbringen: Das Geheimnis des Lebens steht in der Kunst! Möge die Ausstellung uns viel Schönes zeigen, welches uns mit Mut und mit neuer Hoffnung erfüllt für das Aufstehen des unzerstörlichen Gottgewollten ewigen deutschen Geistes! Mit diesem Wunsche und Grusse schicke ich mein Schreiben. Wir lassen uns auch nicht irren machen, wenn böse Kritik uns sagt: Eure Kunst ist nicht gut und ist nicht schön, wir wollen sagen: Schön oder nicht, sie ist unsere Kunst und wir haben sie lieb. Hochachtungsvoll ergebene

gez. Hans Thomas.

Ein neuer Vorfall in der deutschen Botschaft in Rom.

Mittwoch Nacht gegen 11 Uhr wurde auf den Sohn des deutschen Botschafters v. Neurath, einen zwanzigjährigen Rechtsstudenten der Universität Rom, zwischen dem Herrenhaus und dem Kängelgebäude im Park der Botschaft ein feindseliges Schuß abgegeben, der glücklicherweise nur den einen Unterarm des jungen Mannes leicht steifte. Offenbar hat der Täter aus nächster Nähe geschossen; er muß also trotz der nach dem jüngsten Einbruch verschärften Überwachung in den Botschaftspark eingedrungen sein. Nach dem oben erwähnten Einbruch erregt der neue Vorfall trotz des Ausbleibens ernstlicher Folgen Aufsehen und stellt die Frage auf, ob die an der Peripherie der Hauptstadt gelegene, von einem ausdauernden Dichten Park umgebene Villa Polonska auch bei starker Bewachung für die deutsche Botschaft Sicherheit bietet. Jedenfalls ist es diesmal dem Täter geglückt, spurlos zu verschwinden.

Clemens v. Delbrück.

Die Inappe, äußerst lebendige Charakteristik, die der Sohn Joachim von dem vielfach bedeutungsvollen Wirken seines Vaters in einer bei Georg Stille erschienenen Broschüre entwirft, verdient in den weitesten Kreisen verbreitet zu werden. Entschuldig sei doch schonungslos das tragische Schicksal eines einzigen Schanden in einer Umgebung von Verblendeten und von Blinden! Er hatte beinahe die Schaffung einer Behörde ins Auge gefaßt, die als ein Gegenstück zum militärischen Generalstab alle bei einem etwaigen Kriegszustand für die Zivilbevölkerung erforderlichen Vorkehrungsmaßnahmen in weitestem Sinne vornehmen sollte. Schon 1909 hatte sich Delbrück bei der Übernahme seines Reichsamtes, als die allgemeine politische Lage infolge der Marokkokrise und der Vorkämpferin äußerst gespannt war, mit der Zusammenstellung eines wirtschaftlichen Generalstabes beschäftigt. Der Plan war bis ins kleinste sorgfältig ausgearbeitet. Der Kanzler stimmte zu, die ständige Mobilisationskommission trat sogar in Tätigkeit.

Zeitgenössische Musik im Collegium musicum der Universität Freiburg i. Br.

Die Pflege des zeitgenössischen Musikschaffens am Collegium musicum wurde im vergangenen Semester, nunmehr unter Leitung von Dr. S. Erpf, in vier öffentlichen Vorträgen mit Vorführungen fortgesetzt. Ein erster Abend brachte das erste bis-moll Streichquartett op. 121 und die heitere liebliche Fünferstunde op. 14a von M. Reger, dessen späte Kammermusik den Ausgangspunkt für viele heute diese Gattung pflegenden Komponisten bildet. — Die Bekanntmachung mit dem bayerischen im Rheinland lebenden Komponisten L. Windsperger vermittelten Solo-Vorlesungen und -Cellostücke und das Streichquartett g-moll; seine Schreibweise, von der neueren Orchesterkunst fühlbar beeinflusst, verrät starke Begabung für das Klanginnliche, gebündelt von einem strengen Formwillen. — Das vierte Streichquartett von G. Wellez wies die melodisch, rhythmisch und klanglich stark differenzierte, harmonisch ganz vom Dreiklang abgewandte Haltung der Schönberg-Schule auf. E. Krenel, ebenfalls Schönberg nahegehend, sucht in seinem ersten Streichquartett im Gegensatz zu diesem impressionistischen Stil expressivistische Wirkungen in der freien Durchbildung geschlossener melodischer Linien aus kurzen, wandlungsfähigen Motiven, die in allen vier Stimmen auftreten. — Von P. Hindemith, dem

Zeitschriftenschau.

Die französische Gewaltherrschaft in den Rheinlanden und im Ruhrgebiet veranschaulicht die soeben erschienene Nummer 4096 der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ (J. A. Reber) an einer Reihe dokumentarischer Aufnahmen. Ein entzückendes farbiges „Kinderbildnis“ nach einem Pastell von Prof. Schulte im Hofe sowie eine Anzahl erstklassiger, zum Teil ganzseitiger Reproduktionen wie „Besuch“ nach einem Gemälde von Hans West, „Blick auf die Bierwälder“ und „Irner Alpen von Nigaus“, romantische Burgen in Sachsen“ gereichen diesem Heft zu besonderen Zierden. Max Neutwich liefert in dem reichbebilderten Aufsatz „Die Urabnen des Frachs“ einen interessanten Beitrag zur Kostümkunde. Einer zukunftsreichen neuen graphischen Individualität, dem Radierer W. Wolfgang Breuer, widmet Dr. Egbert Delph eine mit der Wiedergabe einer ganzen Reihe der tapferigsten Schöpfungen des Künstlers geschmückte Würdigung. Weiter verdienen noch besondere Erwähnung die illustrierte Abhandlung „Von den Acaulanten“, den Ureinwohnern Chiles sowie der zeitgemäße Aufsatz „Das Problem der Arbeitslosigkeit“. Neben dem Befragten finden die Tagesereignisse gebührende Berücksichtigung; auch den Neuheiten der Mode ist Rechnung getragen. Der Preis des Heftes beträgt 1600 M.

Alle bezüglichen Fragen wurden gründlich durchgearbeitet. Allein es kam nichts zustande, denn die Sachverständigen in den verschiedenen Erwerbskreisen und der wirtschaftliche Ausschuss“ mußten erst angehört werden. Dazu kam es aber erst im Winter 1913/14. Bethmann hielt es jedoch nicht für zweckmäßig, Maßnahmen zu veranlassen, die als Vorbereitungen zu einem bevorstehenden Kriege gedeutet werden könnten. Vier Wochen vor dem Attentat in Sarajewo trat endlich dieser Ausschuss zusammen. Gegen Ende Juni 1914 ging der überarbeitete Delbrück in Urlaub; aber schon am 9. Juli unterbrach er ihn. Am demselben Abend meldete er sich bei Bethmann, der ihn in die gesamte politische Lage einweihte. Bethmann sagte ihm, daß er den Inhalt des österreichischen Ultimatums an Serbien nicht kenne; er sowohl wie der Staatssekretär des Äußeren seien indessen der Meinung, daß es im Falle kriegerischer Entwicklungen zwischen Österreich und Serbien gelingen werde, den Brand zu lokalisieren. Als Delbrück die Frage an den Kanzler richtete, ob es angebracht sei, die für den Kriegsfall gebotenen wirtschaftlichen Maßnahmen zu treffen, vor allem Getreideankäufe in Rotterdam zu machen, entgegnete Bethmann, es sei nicht angängig, von deutscher Seite irgendwelche Maßnahmen zu treffen, die als Vorbereitungen zu einem nahe bevorstehenden Kriege gedeutet werden könnten. Er möge übrigens auch mit Herrn v. Jagow sprechen, sonst aber gegen jedermann Stillschweigen beobachten. Tags darauf hatte Delbrück eine längere Unterredung mit Jagow, der genau die Ansicht Bethmanns wiedergab. Da Kanzler wie Staatssekretär erklärten, daß die politische Lage keine Anwesenheit in Berlin nicht notwendig mache“, reiste Delbrück am 16. Juli wieder ab. Er sollte jedoch seinen Urlaub nicht allzu weit von Berlin herbringen. Am 23. Juli wurde er telephonisch nach Berlin zurückberufen. Am 24. kam er in Berlin an. Wegen etwaiger Getreideankäufe in Rotterdam war nichts in die Wege geleitet. Der Reichsfinanzsekretär Dr. Kühn hatte die geforderten Kredite abgelehnt mit den Worten: „es gäbe keinen Krieg“. Erst auf den Vortag Delbrücks beim Reichskanzler wurden die erforderlichen Gelder angewiesen — allein inzwischen war der Rotterdammer Markt bereits geleert! Delbrück hat von Anfang mit einer Kriegsdauer gerechnet. Die in der Heimat und in der Front während der ersten Kriegsmomente getriebene Verschwendung erfüllte ihn mit schweren Sorgen. Er forderte sofortige Erfassung und Rationierung aller Lebensmittel. Allein ihm fehlte jede diktatorische Gewalt. „Das Reichsamt“, so heißt es in der Charakteristik Joachim v. Delbrücks wörtlich, „war bei Ausführung seiner Beschlüsse auf das Entgegenkommen anderer Organe angewiesen. In diesen aber sah die Öffentlichkeit der Interessenten, die hemmend, lähmend, ja vernichtend auf die vom Reichsamt vorgeschlagenen Anordnungen wirkte.“

Kurze Nachrichten.

Die Betriebskrise in Nordfrankreich. Nach dem „Progrès du Nord“ macht sich in den nordfranzösischen Industriegebieten die durch die Ruhraktion verursachte Transportkrise täglich stärker fühlbar. Es fehlt an Eisenbahnpersonal, so daß die Industrie bereits außerordentlichen Mangel an Kohlen leidet. Die täglichen Wagenstellungen bleiben um 60 bis 80 Proz. hinter den Anforderungen zurück. Selbst die Gas- und Elektrizitätswerke, deren Vorräte völlig erschöpft sind, leben von der Hand in den Mund.

Streikunruhen in England. Der Streik in den Kohlengruben von Südwales, der sich gegen die Beschäftigung nichtorganisierter Arbeiter richtete, artet immer mehr zu einem wilden Streit aus, da die Arbeiter in den einzelnen Gruben und in den verschiedenen Bezirken die Streikparale nur teilweise befolgen. Zurzeit streiken etwa 80 000 Mann. In Aberbees ist es in den Osttagen wiederholt zu heftigen Kämpfen zwischen der Polizei und streikenden Kohlern gekommen. Die Polizei mußte verschiedene Male eingreifen, um tätliche Anarische gegen die Mannschaften deutscher Pilsbamblyer zu verhindern. Trotzdem gelang es den streikenden Fischern, die Ladung eines deutschen Schiffes ins Wasser zu werfen. Auch haben die Streikenden neuerlich die Ankerkauer deutscher Schiffe durchschnitten, so daß diese aus dem Hafen hinausgetrieben. Sie konnten später aber im Außenhafen wieder festgemacht werden. Im Osten Englands ist es bei dem Ausstand der Landarbeiter ebenfalls zu Streikunruhen gekommen.

Regierungskrise in Spanien. Nach einer Sabas-Meldung aus Madrid hat im Anschluß an einen Kabinettsrat der Marquis d'Arbucemas beschloffen, dem König die Demission des Kabinetts einzureichen. Der König hat dem Kabinettsrat jedoch sein Vertrauen ausgedrückt und dieses hat seine Demission zurück-

erfolgreichsten der jüngeren deutschen Komponisten, hörte man das dritte Streichquartett op. 16 und das neue, noch wenig gespielte Blasquintett op. 24 b, Werke, deren unmittelbar mit reichender Wirkung treu zwischen verschiedenen Einflüssen schwankender Haltung ihres Verfassers viel Gutes von diesem erwarten lassen.

In die Ausführung der durchweg schwierigen Werke teilten sich Kammermusikensibles von Berufsmusikern, Liebhabern und Studenten. Die jeweils durch orientierende Vorträge eingeleitete Veranstaltungen haben den Zweck mit den Haupterscheinungen des zeitgenössischen Musikschaffens bekannt zu machen und diesem dadurch eine unabhängige, richtungslose objektive-fördernde Stütze zu bieten.

Nachdem im Verlauf der letzten drei Semester nunmehr fast alle bekannteren, jüngeren deutschen Komponisten zu Gehör gekommen sind, soll die Weiterführung im Sommersemester neue Namen des deutschen und einige hervorragende Erscheinungen des ausländischen zeitgenössischen Musikschaffens bringen.

Zeitschriftenschau.

Die französische Gewaltherrschaft in den Rheinlanden und im Ruhrgebiet veranschaulicht die soeben erschienene Nummer 4096 der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ (J. A. Reber) an einer Reihe dokumentarischer Aufnahmen. Ein entzückendes farbiges „Kinderbildnis“ nach einem Pastell von Prof. Schulte im Hofe sowie eine Anzahl erstklassiger, zum Teil ganzseitiger Reproduktionen wie „Besuch“ nach einem Gemälde von Hans West, „Blick auf die Bierwälder“ und „Irner Alpen von Nigaus“, romantische Burgen in Sachsen“ gereichen diesem Heft zu besonderen Zierden. Max Neutwich liefert in dem reichbebilderten Aufsatz „Die Urabnen des Frachs“ einen interessanten Beitrag zur Kostümkunde. Einer zukunftsreichen neuen graphischen Individualität, dem Radierer W. Wolfgang Breuer, widmet Dr. Egbert Delph eine mit der Wiedergabe einer ganzen Reihe der tapferigsten Schöpfungen des Künstlers geschmückte Würdigung. Weiter verdienen noch besondere Erwähnung die illustrierte Abhandlung „Von den Acaulanten“, den Ureinwohnern Chiles sowie der zeitgemäße Aufsatz „Das Problem der Arbeitslosigkeit“. Neben dem Befragten finden die Tagesereignisse gebührende Berücksichtigung; auch den Neuheiten der Mode ist Rechnung getragen. Der Preis des Heftes beträgt 1600 M.

genommen, wird jedoch der Finanzminister Fedregal ausschließen. Dieser wird durch einen liberalen Demokraten ersetzt werden. Herr Fedregal gehört der reformistischen Partei an. Die Gründe für die Reise ins spanische Kabinett sind in der Hauptsache auf religiösem Gebiet zu suchen, da der Erzbischof von Saragossa im Anschluß an die Haltung der Reformisten in der Frage des Artikels 2 der Konstitution erklärt hat, die Abänderung dieses Artikels könnte einen Bruch des Konkordats mit sich bringen.

Badischer Landtag.

Die Beratung der Grund- und Gewerbesteuer.

Am Mittwoch morgen, als der Haushaltsausschuß die Weiterberatung aufnahm, sagte der Berichterstatter Dr. Schmitt seine Ansichten wie folgt zusammen:

A. Frage:

Was ist besser a) entweder aus 100 Millionen Steuerwert 80 Mark Steuerfuß oder b) aus 400 Millionen Steuerwert 20 Mark Steuerfuß zu erheben, 1. mit Rücksicht auf die Beurteilung des Auslands, 2. mit Rücksicht auf den Sparsinn der Gemeinden? Offenbar a.

B. Die Regierungsvorlage:

Sie hält trotz aller Gründe für und gegen doch an dem Verhältnis des Betriebsvermögens zu den klassifizierten Grundstücken mit 1:6 fest. In diesem Verhältnis halte auch ich fest.

C. Was ist aber das 1 fache in diesem Verhältnis von 1:6?

I. die Regierungsvorlage vom 6. März 1923 konnte noch nicht 1. das Achte des § 24a des Zwangsankleihegesetzes, 2. ebenfalls noch nicht die Bewertungsrichtlinien vom 6. März 1923. Diese beiden Quellen sind in der Regierungsvorlage noch nicht berücksichtigt.

II. Die Reichsbewertungsrichtlinien vom 23. Dezember 1922 und vom 6. März 1923 schwächen die Veranlagung des Betriebsvermögens zugunsten des Gewerbes im Vergleich zu der früheren badischen Veranlagung ab. (Hierfür erbrachte der Berichterstatter die entsprechenden Zahlen.) Er bemerkte hierzu: Es fällt auf:

a) daß man den Anschaffungswert seit Ende 1919 doch wieder nicht preisgegeben hat, b) daß man auch von geringeren Anschaffungswerten doch noch große Abzüge macht, c) daß man bei Anschaffungen vor dem 31. Dez. 1919 den Reichsnotopferwert vom 31. Dezember 1916 mit 6 bzw. 4,5 vervielfacht. Schon daraus ergibt sich eine Abschwächung der Veranlagung im Vergleich zu früher zugunsten des Gewerbes jedenfalls bei Anschaffungen seit dem 1. Januar 1919.

III. Welcher Zuschlag soll nun zu den Bewertungsrichtlinien gemacht werden? Der Zuschlag darf nur so groß sein, als die Abschwächung infolge der Bewertungsrichtlinien.

a) Abzulehnen ist daher eine Vervierfachung und eine Verdreifachung; b) auch die Verdoppelung erscheint mir zu hoch. c) Wenn stehenden Betriebsvermögen sind die Anschaffungen bis zum 31. Dezember 1919 auch nicht genügend erfasst. Die Vervielfachung nach der Reichsbewertung mit 6 bzw. 4,5 g. W. beim Erwerb einer Maschine im Jahre 1916 wird nicht genügen. Das richtige Maß liegt zwischen 1,5 und 2, würde also 1,75 ausmachen. Deswegen halte ich zum Ausgleich der Abschwächung einen Zuschlag von 75 vom Hundert für angemessen.

Der Berichterstatter Freudenberg trat den vorstehenden Ausführungen in einigen Punkten entgegen. Schließlich wurde mit 16 gegen 5 Stimmenthaltungen (Sozialdemokratie und Kommunisten) beschlossen, an die Regierungsvorlage bei Punkt 1 folgenden Satz anzuschließen:

„Das Finanzministerium setzt für das gesamte Betriebsvermögen (§ 48) die Bewertungsrichtlinien in Anlehnung an die Bewertungsrichtlinien des Reichsfinanzministeriums vom 23. Dezember 1922 und 6. März 1923 durch Vollzugsverordnung fest. Hat ein Steuerpflichtiger nach dem 31. Aug. 1922 Wertpapiere erworben und Schulden aufgenommen, so sind die Wertpapiere bis zum Betrag der Schulden, mindestens mit dem Erwerbserlös bei der Veranlagung des gewerblichen Betriebsvermögens anzusetzen.“

Steuerzahlung und Vorauszahlung.

Der betr. Punkt wurde in folgender Fassung festgesetzt: Die für ein Rechnungsjahr geschuldete Steuer ist zu je einem Viertel auf 15. April, 15. Juli, 15. Oktober und 15. Januar zu entrichten. Beträge unter 2000 Mark (die Regierungsvorlage hatte 500 Mark festgesetzt) sind auf einmal zu bezahlen.

Der Absatz 2 des bezügl. Paragraphen regelt die Vorauszahlung, solange einem Steuerpflichtigen der Steuerbescheid für ein Rechnungsjahr nicht zugegangen ist. Er hat Teilzahlungen in Höhe von je einem Viertel der zuletzt festgestellten Steuerschuld im voraus zu entrichten, falls diese mindestens 2000 Mark jährlich beträgt. Ein deutschvolksparteilicher und deutschnationaler Antrag fordert Streichung des weiteren Textes des Absatzes 2, u. a. auch, daß die Vorauszahlungen von dem Steuerpflichtigen auf Grund vorläufiger Selbstschätzung zu berechnen ist. Ein sozialdemokratischer Ergänzungsantrag verlangt, daß „das Finanzministerium zum Ausgleich an die im demnachstigen Steuerbescheid festzustellende Steuerschuld Zuschläge zu den Steuerorauszahlungen, nach Hundertsätzen berechnet, festsetzen kann.“ Er findet fast durchgängig Zustimmung und wird schließlich einstimmig angenommen. Ein Zentrumsantrag, dem Steuerpflichtigen auf Grund der Selbstschätzung Vorauszahlungen zu gestatten, wird zurückgezogen.

Badische Übersicht.

Mannheim.

„An der Friedrichsbrücke haben“, wie die Mannheimer „Vollstimme“ schreibt, die Franzosen ein Stück Gehweg an den beiden Schmalseiten mit Stacheldraht abgeperrt. An der einen offenen nach dem Fahrbaum zu gelegenen Längsseite marschieren ein Posten des französischen Militarismus mit ausgeplantem Seitengewehr ununterbrochen hin und her. Zwischen Gehweg und den vorbeifahrenden Straßenbahnwagen ist knapp Platz für eine Person vorhanden. Es herrscht ständig ein starker Verkehr, der zu gewissen Zeiten sich noch steigert. Die vorbeifahrenden Straßenbahnwagen der verschiedenen Linien haben zwei oder drei Anhängelwagen, und die einzelnen Wagen folgen kurz aufeinander.

Wer beim Passieren des schmalen Streifens zwischen Straßenbahnseil und Gehweg von einem Wagen überrascht wird, und nicht gerade zufällig die Absicht hat, Selbstmord zu begehen, ist genötigt unwillkürlich seinen Fuß auf den verbotenen Gehweg zu setzen; denn auf den mittleren Fahrbaum kann man auch nicht flüchten, weil dort allerlei Fahrzeuge in großer Anzahl verkehren. Gleich nachdem man sich vor dem Überfahren gerettet hat, kommt der Posten und will die Leute vom Gehweg herunterjagen.

Man hat sich folgendes zugetragen: Eine Dame machte dem Posten begrifflich, daß, solange der Straßenbahnzug vorbeifährt, gar keine Möglichkeit besteht, vom Trottoir herunterzugehen. Der Posten sagte etwas, was die Frau nicht verstehen konnte. Den Umständen nach aber mußte man seine Worte wie folgt übersetzen: „Das ist ganz egal, der Gehweg ist verboten und darf in keinem Falle betreten werden.“ Darnach darf ein Deutscher, der sich vor Körperschaden bewahren will, nicht einmal ein winziges Stück seines eigenen Vaterlandes betreten. Es wäre interessant, folgende Frage beantwortet zu bekommen: „Ist das französische Volk damit einverstanden, daß sich seine Repräsentanten in der geschuldeten Weise benehmen?“

Zu gleicher Zeit sahen drei französische Offiziere mit ausgestreckten Beinen auf der Bank an der Südseite des besetzten Gebäudes und markierten den „Sieger“, während die Soldaten faul auf dem Gelände lehnten. Alle Passanten mußten dieses Bild ansehen. Zu tun gibt es an dieser Stelle für die Franzosen nichts, und es ist sehr zu bezweifeln, ob sie selbst den Joch ihres Daseins kennen. Jedenfalls ist ihre Aufgabe sehr — sehr unproduktiv. Das französische Volk, das letzten Endes die Kosten dieses Militarismus zu tragen hat, sollte wissen, daß dieser Ausflug nach Deutschland sehr kostspielig ist.

Eine Schwarzwälder Kundgebung an den Krupp-Betriebsrat.

Der Bezirksverband Schwarzwald des Deutschen Gewerkschaftsbundes richtete folgende Kundgebung an den Betriebsrat der Firma Krupp in Essen: Erst jetzt wurde uns durch die Presse die volle Furchtbarkeit des Blutbades bekannt, das die welschen Eindringlinge an H. Osterfeld anrichteten. Von innerstem Abscheu und tiefster Empörung ergriffen, sprechen wir im Namen der im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft des Schwarzwaldes dem Betriebsrat, der gesetzlichen Vertretung der ihre ferndeutsche Gesinnung mutig vertretenden Belegschaft, unsere innigste Teilnahme zu dem großen Verluste aus, den die Kollegen durch den Tod so vieler braver, pflichtbewusster Mitarbeiter im Betriebe erlitten. Gott aber möge die in namenloses Leid gestürzten vielen Familien trösten. Das Blut der von den französischen Räubern vernichteten Volksgenossen wird nicht umsonst geopfert sein; es muß unser deutsches Volk in allen seinen Schichten unter Ausschaltung aller Sonderinteressen fest zusammenhalten, damit es sich als großes Volk siegreich gegen die auf die brutale Vernichtung der deutschen Wirtschaft und Reichseinheit eingestellte Gewaltpolitik der französischen Regierung behauptet.

Fehre. Matt. Thoma.

Fahrplanänderungen ab Montag, 9. April.

Zug 941, Freiburg ab 4.44 vorm., Niederlochpfeim an 6.20 vorm., verkehrt auf der ganzen Strecke täglich. Neu verkehrt Personenzug 882, Niederlochpfeim ab 10.00 vorm., Freiburg an 11.40. Außerdem verkehren wieder regelmäßig Zug 1509, Freiburg ab 8.55 vorm., Elzach an 10.09 vorm., Zug 1510, Elzach ab 10.22, Denglingen an 11.10 vorm., ab 11.11, durchweg 5 Minuten früher, Freiburg an 11.33 vorm., Zug 614, Freiburg ab 9.29 vorm., Breisach an 10.16 vorm., Zug 615, Breisach ab 11.05 vorm., Freiburg an 11.46 vorm., Zug 1447, Fahr-Dinglingen ab 6.08 vorm., Fahr-Stadt an 6.16 vorm., verkehrt täglich. Neu verkehren außerdem Zug 1460, Fahr-Stadt ab 10.06 vorm., Fahr-Dinglingen an 10.14 und Zug 1461, Fahr-Dinglingen ab 10.21 vorm., Fahr-Stadt an 10.29 vorm. Die Personenbeförderung bei Güterzug 8663, Freiburg ab 9.15 vorm., Waldkirch an 10.09 vorm., fällt weg. Durch die Züge 882, 1510 und 615 werden unmittelbare Anschlüsse auf den um 11.55 vorm. in Freiburg abgehenden Güterzug 886 nach Karlsruhe vermittelt.

Kraftposten Klosterreichenbach—Raumünzach.

Vom 5. ab verkehren zwischen Klosterreichenbach und Raumünzach Kraftposten wie folgt: 8.30 1.20 3.55* ab Klosterreichenbach an 11.55 3.50* 6.05 9.35 2.25 4.55* ab Raumünzach ab 10.50 2.45* 5.00 Die mit einem * versehenen Kraftposten werden nur nach Bedarf an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen ausgeführt. Zwischenhaltstellen sind vorzeichen in Noll, Schönerrind, Huzgenbach, Schwarzenberg, Schönmünzach und Kirchbäumwäsen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 14 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1922 und 1923.

Aus der Landeshauptstadt.

* Landesbühnen. In „Aufzeichnung“, der „kosmischen Wanderung“ in 7 Bildern von Heinrich Berl, deren Uraufführung als literarische Morgenfeier am Sonntag, den 8. April, vormittags 11 Uhr stattfand, wirken in führenden Rollen die Damen Müller und Clement, sowie die Herren Raumbach, Pürner, Dahlen, Pih, Venedict, Gemmeke, Herz, Höder, Kienischer, Müller, Pajchen, Max Schneider, Brand und Litsch. Das Werk wird von Felix Raumbach in Szene gesetzt.

Aus der Angestelltenversicherung.

Ruhegeld

erhält, wer das 65. Lebensjahr vollendet hat oder wer berufsunfähig ist. Das jährliche Ruhegeld besteht aus einem immer gleichen Grundbetrag von 720 M. und aus Steigerungsbeträgen, die sich nach der Anzahl und Höhe der geleisteten Beiträge bestimmen. Als jährlicher Steigerungsbetrag für jeden Beitragsmonat in der alten Klasse A wird zum Beispiel 0,55 M., in der alten Klasse F 2,50 M., in der neuen Klasse 1: 6,40 M., in der neuen Klasse 6: 90 M., in der neuen Klasse 13: 792 M. gewährt, so daß ein Versicherter, der je 30 Beitragsmonate in diesen Gehaltsklassen geleistet hat, an Ruhegeld erhält:

Grundbetrag	M. 720.—
Steigerungsbetrag	
a) 30 x 0,55 M. =	16,50 M.
b) 30 x 2,50 „ =	75,—
c) 30 x 5,40 „ =	162,—
d) 30 x 90 „ =	2720,—
e) 30 x 792 „ =	23760,—
zusammen	27 433,50

Zu dem Ruhegeld wird gewährt:
a) eine Teuerungszulage von zurzeit 9000 M. jährlich,
b) für Kinder unter 18 Jahren je 900 M. jährlich,
c) für Beiträge an die Invalidenversicherung ein entsprechender Steigerungsbetrag.

Dinterbliebenrenten

erhalten die Witwe und die Kinder unter 18 Jahren. Die Witwenrente beträgt zwei Fünftel des für den Versicherten errechneten Ruhegeldes ohne Teuerungszulage. Waisen erhalten je zwei Fünftel, Doppelwaisen je zwei Drittel des Betrages der Witwenrente. Die Teuerungszulagen betragen für die Witwe 9000 M., für jede Waise 4500 M.

Der Anspruch auf Ruhegeld und Dinterbliebenrenten ist aber nur dann gegeben, wenn die Wartzeit erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten ist. Jeder Versicherte muß also darauf achten, daß ausreichend und ordnungsmäßig Beiträge für ihn geleistet werden.

Die fünfte Verordnung über die Versicherungspflicht der Angestelltenversicherung vom 17. März 1923 bestimmt zur Voraussetzung der Versicherung nach § 1 D.V.G. für Angestellte, daß der Jahresarbeitsverdienst 7 200 000 M. nicht übersteigt. Wer die für die Versicherungspflicht maßgebende Grenze des Jahresarbeitsverdienstes überschreitet, scheidet erst mit dem ersten Tage des 4. Monats nach Überschreiten der Versicherungsgrenze aus der Versicherungspflicht aus. Wird innerhalb dieser Zeit die Verdienstgrenze geändert, so bestimmt sich die Versicherungspflicht von dem Inkrafttreten dieser Änderung an nach den neuesten Vorschriften.

Kommunalpolit. Rundschau.

Stadtgemeinde und Sportpflege.

KK. Aus München wird uns geschrieben: Vor dem städtischen Sportausschuß hielt kürzlich Oberlandesgerichtsrat Dr. Müller einen anregenden Vortrag über die Aufgaben von Reich, Staat und Stadtgemeinde auf dem Gebiete der Leibesübungen. Der Vortragende stellte in seinen einleitenden Ausführungen mit Genugtuung fest, daß die Notwendigkeit der Leibesübungen nun auch durch wissenschaftliche Arbeiten von Münchener Gelehrten, Dr. Martin und Dr. Knoop, einwandfrei nachgewiesen sei. Diese Untersuchungen haben mit dem Märchen aufgeräumt, daß man in Zeiten der Unterernährung nicht auch noch körperliche Übung befürworten könne. Es sei kein Zweifel, daß die gesamte körperliche Erziehung ohne weiteres von dem Reiche geordnet werden könne. Leider seien bereits auch hier wieder partikularistische Eifersüchtelien im Gange. Solche seien aber auf keinem Gebiete tödlicher als auf diesem. Bedauerlicherweise sei durch den Abg. Schreiber von der Reichsregierung verlangte Denkschrift über die Förderung der Leibesübungen noch nicht ausgearbeitet worden. Wenn die Reichsunterstützung in diesem Tempo weitergehe, dann verblühten sich die großen Verbände. Schuld daran seien nicht nur die Parteien und die Parlamente, sondern auch die großen Verbände selbst, deren Bewegung nach Parteigegensätzen und anderen Rücksichten zerrissen sei. Es werde nicht besser, bis nicht die großen deutschen Verbände, wie in Frankreich, dazu übergehen, bei den Wahlen nur mehr Kandidaten zu wählen, die sich verpflichten, diese wichtige Aufgabe zu fördern.

Als Forderungen, die vom Reiche zu berücksichtigen sind, stellte der Vortragende auf: Die endliche Einführung eines Reichsgrundgesetzes über die körperliche Ausbildungsspflicht der Jugend vom 7. bis 18. Lebensjahre, die Annahme eines Reichsspielplatzgesetzes, eine tüchtige, sachliche Ausbildung der Volksschullehrkräfte für Leibesübungen, eine starke, finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der Turn- und Sportvereine, die Förderung der Wanderbewegung durch eine entgegenkommende Tarifpolitik der Eisenbahn (Freigabe der Benutzung von Schnellzügen für Jugendfahrten), Einführung einer Stunde körperlicher Übungen im Tage an allen Schulen, Errichtung von Zentralstellen für körperliche Erziehung mit Sachverständigen an der Spitze. Von den einzelnen Staatsregierungen werden verlangt lokale Ausführung der Reichsrahmengesetze, für Bayern im besonderen die baldige Einberufung des Landesbeirats für Leibesübungen, Errichtung einer Forschungsstelle für Leibesübungen und Bereitstellung von Mitteln für anthropometrische Messungen der Schüler, Anstellung von Univeritätslehrern im Hauptamt, Schaffung notwendiger Übungsstätten, Lehrgänge zur Ausbildung von Spielleitern der alademischen Jugend. An die Gemeinden, besonders an die Stadtgemeinde München, stellt Dr. Müller u. a. nachstehende Forderungen: Bau von Spielplätzen, von Turnhallen, Schwimmbädern und Übungsplätzen aller Art, Befreiung von Steuern und Gemeindeabgaben, Zuwendung von Mitteln und Geräten an die Vereine, großzügige Propaganda für die Turn- und Sportbewegung an allen städtischen Schulen mit freier Wahl der einzelnen Vereine weitgehende Verwendung des Englischen Gartens, der Sportanlagen und der Theresienwiese für Leibesübungen, vor allem Ausgestaltung der Theresienwiese als Volkssportplatz, Einführung des Turnens an den Fortbildungs- und Berufsschulen.

Eindringlich verwies (wie in einem Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ausgeführt wird) Dr. Müller auf die großen Anstrengungen, die andere Staaten wie Frankreich, Belgien und Ungarn zur Hebung der körperlichen Erziehung der Jugend machen, und betonte, daß gerade die Republik und die Demokratie alles daran setzen müßte, die Jugend zu gewinnen. Die Mittel, die für die Pflege der Leibesübungen aufgewendet werden, seien so rentabel angelegt wie keine anderen. Ohne eine planmäßige, qualitative Bevölkerungspolitik gebe es keinen Aufstieg unseres deutschen Vaterlandes. Nur ein frisches und frohes Geschlecht werde Deutschland aus seiner Not wieder erwecken.

Wie der Sportreferent H. R. Schlicht mitteilte, wird in München bei Veranstaltung von Wettspielen, bei denen Eintritt erhoben wird, eine Vergütungsabgabe nach der Satzung und nach der Praxis des Stadtrats nicht mehr eingehoben werden. Rechtsanwalt Lang hob hervor, daß gerade in bayerischen Gemeinden vielfach noch bei sportlichen Wettspielen Vergütungssteuer verlangt werde. Die einheitliche Form, in der das geschehe, lege den Gedanken nahe, daß von einer Zentralstelle entsprechende Beschlüsse ergehen seien. Er ersuchte den Stadtrat München, seinen Einfluß beim Bayerischen Städtetag dahin geltend zu machen, daß auch die kleineren Gemeinden das Beispiel Münchens befolgen. Im übrigen wäre auch zu wünschen, daß den Vereinen auch bei der Besteuerung ihrer gesetzlichen Veranstaltungen mehr entgegengekommen würde, nachdem die Vereine die Einnahmen aus diesen Veranstaltungen dringend benötigen.

Die in der Sport- und Körperpflege tätigen großen Organisationen haben den Entwurf eines Spielplatzgesetzes ausgearbeitet, dessen Anwendung auf München Laurat Blöcher Anlaß zu bemerkenswerten Angaben über die Zahl und Ausbeutung der Münchner Spielplätze gab.

Nach dem Entwurf vom Reichsgesetz würde der Reichsminister ermächtigt sein, Gemeinden und Kommunalverbänden und den Leibesübungen treibenden Vereinen jährliche Zuschüsse zur Anlage und Errichtung von Turn-, Spiel- und Sportplätzen auf eine Reihe von Jahren zu gewähren.

Der Entwurf des Landesgesetzes verpflichtet jede Gemeinde bezw. Kreisverwaltung, im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl Spielplätze zur freien Benutzung anzulegen und zu unterhalten. Diese Forderung ist für die Gemeinden von sehr großer Bedeutung, um so mehr als der Gesetzentwurf für jeden Kopf der Bevölkerung insgesamt 3 Quadratmeter nutzbarer Mindestspielfläche verlangt. Von diesen 3 Quadratmetern treffen 0,5 Quadratmeter auf das freie Spiel der Jugend bis zu 10 Jahren und 2,5 Quadratmeter für das Pflicht- und freie Spiel der Schuljugend, der schulfreien Jugend und der Bürgerschaft. Dabei hat die Verteilung der Spielplätze innerhalb des Stadtgebietes nach der Bevölkerungsdichte zu erfolgen, und zwar so, daß jeder Anlage eine Einfluzzone von 2 Kilometer (Radius) zugewiesen wird.

München besitzt nun bereits 53 Kinderspielplätze mit zusammen 176 000 Quadratmeter (17,6 Hektar) und dazu noch die Theresienwiese mit rund 345 000 Quadratmeter (34,5 Hektar).

Im Stadterweiterungsplan sind, über das ganze Stadtgebiet verteilt, rund 654 000 Quadratmeter (65,4 Hektar) für Kinderspielplätze vorgesehen.

30 Jugendturnspielplätze mit rund 523 000 Quadratmeter Fläche (52,3 Hektar) sind schon jetzt vorhanden. Dazu kommen noch vom Staat der Gemeinde zu Spielzwecken überlassene vorhandene Plätze (Hirschganger, alter Botanischer Garten) mit rund 85 000 Quadratmeter (8,5 Hektar).

Die städtischen Jugendturnspielplätze werden zum Teil auch den Sportvereinen zum Spielbetrieb überlassen. Die bereits vorhandene Fläche der von diesen Vereinen benötigten Spielplätze beläuft sich auf rund 500 000 Quadratmeter (50,0 Hektar). Der Platz des privaten Golfclubs auf den städtischen Grundstücken ist dabei nicht einbezogen, wohl aber sind enthalten der Spielplatz des Turnvereins Jahn an der Lingerstraße und die daran anschließenden verschiedenen Vereinen überlassene Plätze, ferner der Spielplatz an der Vogenhäuser Straße und der städtische Teil des im Südosten gelegenen Spielplatzes an der Säbenerstraße. Im noch unangebauten Burgfriedensgebiet sind für Jugendturnspiel- und Vereinsplätze einschließlich eines Spielplatzes auf staatlichem Besitz von 40 000 Quadratmeter (4 Hektar), Spielplatz auf dem Oberwiesfeld, zusammen rund 856 000 Quadratmeter (85,6 Hektar) vorgesehen. Umfangreiche Anlagen sind im Osten, Nordosten, Nordwesten (beim Dantebad), Westen und Südwesten im einzelnen schon genauer festgelegt. Die Fläche aller vorhandenen Grünplätze für Kinderspiel, Jugendturnspiel und Vereinspiel beträgt rund 1 154 000 Quadratmeter (115,4 Hektar), die Fläche der künftigen projektierten Grünplätze (Spielplätze) rund 1 510 000 Quadratmeter (151 Hektar).

In München sind schätzungsweise 100 000 Kinder im Alter von 2-10 Jahren anzunehmen. Nach dem Entwurf zum Spielplatzgesetz werden für diese bei Annahme von drei Spielzeiten pro Tag 330 000 Quadratmeter notwendig. Bei Einschluß der Theresienwiese ist dieser Bedarf gedeckt; es ist aber noch beizufügen, daß für Kinderspielplätze die weitgehenden staatlichen Anlagen und die Anlagen der Kronigüberwaltung, so zum Beispiel der St. Georgen, Flächen im Englischen Garten u. a. m. zur Verfügung stehen.

Im Stadterweiterungsplan sind an kleinen Grünflächen, aus denen leicht Kinderspielplätze zu gewinnen sind, 654 000 Quadratmeter vorgesehen, was für weitere 196 000 Kinder genügen würde. Besonders zu betonen ist, daß in diesen Zahlen die Spielhöfe der Schulen überhaupt nicht eingerechnet sind. Nach den Ausführungsbestimmungen zum Entwurf des Spielplatzgesetzes werden auf 100 000 Einwohner 25 130 Spielwiese über 10 Jahre gerechnet. Das ergibt für München 168 000 Spielwiese. Diese brauchen nach dem Entwurf des Spielplatzgesetzes 83 Spielplätze mit je 2 Hektar; das ergibt also 1 660 000 Quadratmeter = 166 Hektar für Spielwiese über 10 Jahre.

Die etwa 80 gemeindlichen Spielplätze messen rund 600 000, entsprechen aber zu einem größeren Teil nicht der Forderung nach 2 Hektar Mindestmaß für den Platz. Dieses Maß haben nur neun Plätze. Bei der Annahme von 1,2 Hektar Mindestmaß sind 16 gemeindliche Plätze mit zusammen 460 000 Quadratmeter = 46 Hektar vorhanden. Die zur Verfügung stehenden staatlichen Spielplätze messen 133 000 Quadratmeter, kommen noch die privaten u. Vereinsplätze mit 442 400 qm. Diese drei Gattungen von Spielplätzen zusammengezählt ergeben einschließlich der kleineren Plätze 1 093 600 Quadratmeter = 110 Hektar rund. Die Forderung des Spielplatzgesetzes ist hiermit also noch nicht erreicht. Im Stadterweiterungsplan sind in allen Stadtteilen größere Grünplätze vorgesehen. Es sind dabei 22 Plätze, die größer sind als 1 Hektar, mit zusammen 707 000 Quadratmeter in den Plänen bereits festgelegt. Der Entwurf zum Spielplatzgesetz rechnet allgemein mit 2,5 Quadratmeter pro Einwohner, so daß diese Fläche also der Zahl von 282 000 Einwohnern entsprechen würde. Ebenso wie bei den Kinderspielplätzen ist auch hier zu betonen, daß die in den Mittelschulen vorhandenen Spielhöfe dabei nicht eingerechnet sind.

Der Referent erklärte zum Schluß, München habe gezeigt, daß es befreit war, Spiel und Sport zu ihrem Recht zu verhelfen. Vorbereitet sei für das ganze Stadtgebiet mehr als das Spielplatzgesetz verlange. Um die erforderlichen Flächen in Zukunft beschaffen zu können, sei die baldige Verabschiedung eines Grundstückszusammenlegungsgesetzes dringender erforderlich.

Verschiedenes.

* Der Schmuck Maria Stuart. Die das „Journal“ aus London meldet, wurden am 22. März verschiedene Schmuckstücke versteigert, die einst der Maria Stuart gehörten. Einige wurden für das Nationalmuseum angekauft. Das wertvollste Stück, ein mit Diamanten, Rubinen und Perlen geschmückter Anhänger, den die Königin bei ihrer Heirat von dem Dauphin von Frankreich erhielt, wurde für 1000 Guineen an einen amerikanischen Antiquitätenhändler abgegeben.

Staatsanzeiger.

Die Lotterie des bayerischen Landesvereins vom Roten Kreuz. Dem Bayerischen Landesverein vom Roten Kreuz wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 4. April 1923.
Der Minister des Innern,
Remmle. Schmidt.

Die Lotterie des bayerischen Blindenbundes in München. Dem Blindenbundesverein für Oberbayern in München wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von Losbriefen in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 29. März 1923.
Der Minister des Innern,
Remmle. Schmidt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums.

Ernannt:
die Oberlandesgerichtsräte Dr. Heinrich Wetlar und Karl Stritt zu Mitgliedern des Kompetenzgerichtshofs.
Justizministerium.

Ernannt:
Justizobersekretär Heinrich Kuppert bei der Direktion der Fräulein Erziehungsanstalt Flehingen zum Justizinspektor, Justizassistent Friedrich Weg beim Notariat Gengenbach zum Justizsekretär, Stenotypistin Katharina Pfäfer beim Landgericht Heidelberg zur Kanzleiassistentin.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Berufen:
Handelslehrer Friedrich Döhrer von der Handelsschule in Lörrach an jene in Bruchsal.

Badisches Landestheater.

Samstag, 7. April, 7 — n. 10 Uhr: Sp. I. Abt. 4000.—
Abon. C 18. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2801—3100:

Romeo und Julia.

Spielplan vom 8. April bis 17. April 1923.

Im Landestheater. So. 8. vorm. 11. Morgenerfeier. Uraufführung „Auferstehung“. Kosmische Wanderung in 7 Bildern von Heinrich Berl. (Sp. I. 1600), abends 6 1/2. Tiesland. (Sp. I. 7000). — Mo. 9. Volksbühne. P. 8. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. (Sp. I. 4000). Die 10. Abon. D. 17. Louis Ferdinand, Prinz von Preußen. 6 1/2. (Sp. I. 4000). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3101—3300, 5001—5100. Mi. 11. Abon. F. 17. Meister Guido. 1/2. (Sp. I. 6000). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4401—4700. Do. 12. Abon. G. 18. Robert und Bertram. 7. (Sp. I. 5000). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4101—4400. Fr. 13. Volksbühne. O. 5. Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. 7. (Sp. I. 6000). Sa. 14. Neueinstudiert. Maria Stuart. 1/2. (Sp. I. 4000). Th.-G. B.V.B. Nr. 3301—3700. So. 15. vorm. 11 1/2. Literarische Morgenerfeier. Johann Peter Hebel. (Sp. I. 1600), abends 6 1/2. Don Juan. (Sp. I. 7000). Mo. 16. Volksbühne. P. 9. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 7. (Sp. I. 4000). Die 17. Abon. B. 17. Così fan tutte.

1/2. (Sp. I. 6000). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701—2800, 4701—4900.

Im Konzerthaus. So. 8. Charleys Tante. 7. (Park. I. 3000). Fr. 13. Volksbühne. O. 8. Erde. 7. So. 15. Die fünf Frankfurter. 7. (Park. I. 3000).

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 7. nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 9. an.

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Ausführung in der Geschäftsstelle (10—1/2, 4—6 Uhr).

Verschiedene Bekanntmachungen

Der Neubau des Beamtenwohnhauses in Lörrach (Talstr.) wird vergeben: Erd-, Maurer-, Eisenbeton- und Steinbauarbeiten aus Klinkstein und Naturjandstein (belloes Material). Bedingungen, Zeichnungen, Arbeitsbeschreibungen und Angebotsvor-

drude liegen auf dem Baubüro Lörrach (prov. Aufnahmehaus) u. für die Natursteinlieferung auch beim Hochbaubüro der Reichsbahndirektion in Karlsruhe, Zimmer 423, auf. Kein Versand nach auswärts. Die Angebote sind längstens bis zum Eröffnungstermin: Donnerstag, den 19. April, vormittags 10 Uhr, beim Baubüro Lörrach, bei die-

Lebens-Versicherung

mit neuzeitlichen Einrichtungen — Versicherungen ohne ärztl. Untersuchung bis zu 2 Millionen Mark — Kupon-Polize —

sucht Fachmann als Generalvertreter

gegen hohe Bezüge. Angebote erbeten unt. B.360 a. d. Exped. d. Krisr. Ztg.

sem porto- und bestellgeldfrei, verschlossen mit entsprechender Aufschrift einzureichen. Zuschlagfrist 3 Wochen. Nr. 723.2.1
Wajel, 3. April 1923.
Bahnbaupolizei.

EINLADUNG

zur
8. ordentlichen Generalversammlung der Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden, e. G. m. b. H., Sitz Karlsruhe, am 15. April 1923, 2 Uhr nachm., in Donaueschingen im Schützensaal.

Tagesordnung: B.361

1. Bekanntgabe des Geschäftsergebnisses.
2. Bekanntgabe des Revisionsberichtes.
3. Genehmigung der Bilanz.
4. Entlastung des Aufsichtsrates und Vorstandes.
5. Verschiedenes.

Beim Eintritt in das Versammlungslokal ist die Mitgliedskarte vorzuzeigen.

Karlsruhe, den 4. April 1923.

Der Vorstand: Für den Aufsichtsrat:
Schäfer. Kastner. Genzel.

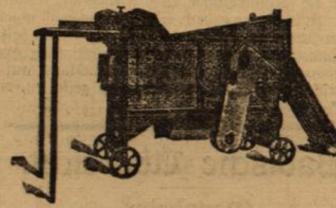
Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.
Telephon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201
Telegramm-Adresse: Landmaschine.
Großhandlung landwirtsch. Maschinen
der Generalvertreter:
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren **Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.**
Beste und billigste Bezugsquelle.

Fahrbare Putzdreschmaschinen
Original GERÜ, 5fache Sortierung, 2 und 3 Schütler, mit und ohne Elevator, Kraftbedarf 1—3 PS.
Hackmaschinen (Pflanzenhilfe)
Düngerstreumaschinen (Westfalia)
Erntemaschinen (Fahr-Krupp & Deering)
Bandsägen und Kreissägen
sowie sonstige landwirtschaftliche Maschinen und Geräte aller Art liefert zu günstigen Preisen
Einkaufs - Vereinigung südd. Landwirte m. b. H.
Durlach
Telefon 66 :: Hauptstraße 2, Gasthaus zur Blume

Landw. Maschinen und Geräte jeder Art, Ersatzteile usw.
erhalten Sie stets zu konkurrenzlos billigen Preisen auf unseren Lägern
Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg, Mosbach, Helmstadt, Waldshut,
Steinen, Radolfzell
Bad. landw. Hauptgenossenschaft
Abteilung Maschinen
Karlsruhe i. B. Lauterbergstr. 3.
Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums
Von Prof. Dr. Norbert Krebs (Freiburg i. B.)
(„Wissen und Wirken“ Band 4)
Grundpreis M. 1.— x Schlüsselzahl des Buchhandels
Verlag G. Braun, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.

Gebr. Wülker
Karlsruhe i. B. Ruppurrerstr. 64

Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE
Sprengkapseln und Zündschnüre zum Sprengen von Baumstümpfen
Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Telephon Nr. 8
Hack-Häufelplüge — Acker-, Saat- und Wiesen-Patent **EGGEN Neubeck**
sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerkzeuge. Durch Serienfabrikation billigste Tagespreise
Josef Neubeck, Rastatt